veröffentlicht wurde, die jedes Zusammenarbeiten mit der SPD ablehnte, hat der Kultusminister Dr. Kaiser auf einer Mitgliederversammlung des Wahlkreisvorstandes Ostsachsen das Steuer herumgeworfen. Der Kultusminister setzte sich ein für eine Politik der Mitte. Nach den uns vorliegenden Berichten erklärte er:

„Die unglückliche u. künstliche politische Unterscheidung zwischen einem bürgerlichen und einem sozialistischen Volksteil habe bei den letzten Wahlen und durch deren Ergebnis vollends ihren Sinn verloren: **die Grenzlinien zwischen den beiden genannten Lagern seien in einzelnen Parteien kaum mehr zu erkennen.** Der Redner wies weiter mit Nachdruck darauf hin, daß das Wahlergebnis und die durch dieses Ergebnis geschaffene neue parlamentarische Lage in Sachsen die Richtigkeit der von der Deutschen Volkspartei auch im Wahlkampf und in allen Verhandlungen vor den Wahlen innegehaltenen Linie **einer ausgleichenden Politik der Mitte voll bestätigt habe.** An diesem ihrem politischen Prinzip, das grundsätzlich die Berechtigung politischer Vertretungen auch der Arbeiterschaft auf verantwortliche Anteilnahme an der Regierung einschließe, werde die Deutsche Volkspartei auch künftig festhalten.

Eine große sächsische Arbeiterpartei lasse aber die selbstverständlichen politischen und persönlichen Voraussetzungen für jegliche Koalitionsarbeit heute gänzlich vermissen."

Das sind die gleichen Töne, die Wehle anschlägt. Die Parteien drehen den Spieß um und erklären, die Böchel, Liebmann, Edel, Arzt seien nicht koalitionsfähig.

Die SPD nimmt diese erneuten Koalitionsangebote mit sehr gemischten Gefühlen auf. Die Volkszeitung schreibt, eine Koalition sei doch nur „ein Notbehelf". Die Große Koalition sei doch aus dem Grunde jetzt in Sachsen schon nicht möglich, „weil die Deutsche Volkspartei mit genügender Deutlichkeit erklärt hat, daß sie von einer Koalition mit der Sozialdemokratie nichts wissen will". Deutlich fühlt man aus dem Geschreibsel heraus, wie gern die SPD-Führer in die Große Koalition gehen wollten — wenn nicht die von den Kommunisten geweckte Aufmerksamkeit der Massen wäre. Unter diesem Druck muß sich gestern die SPD der Forderung der Kommunisten auf Auflösung des Landtages anschließen. Die „Dresdner Volkszeitung" schreibt gestern:

„Der Landtag würde damit freilich zeigen, daß er nicht arbeitsfähig ist. Es würde dann weiter nichts übrigbleiben, als möglichst bald dieser Mißgeburt den Garaus zu machen. Man muß also schon heute mit der Möglichkeit rechnen, daß bald die sächsische Bevölkerung vor der Notwendigkeit einer Neuwahl des Landtages steht."

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen aber diese Erklärung nicht schon für bare Münze nehmen. Die Auffassung der Volkszeitung ist nicht Gemeingut aller SPD-Führer. Die „Meißner Volkszeitung" entladet vielmehr ihren Zorn gegen die Kommunisten. Während sie wieder kein Wort der Kritik an der ASPS findet, empfiehlt sie den Kommunisten, weil sie auch die Linken kritisierten, den Arbeitern nicht wieder vor die Augen zu treten. **Die „Meißner Volkszeitung" leistet der ASPS also unbedingte Hilfsstellung.** Die übrigen sächsischen SPD-Zeitungen bringen den Landtagsbericht nur referierend oder verkünden der ASPS dräuend ihren Untergang ohne jedoch weitere Folgerungen zu ziehen.

Vor der Arbeiterschaft steht die Aufgabe, ihren Druck zu verstärken. Aufgerufen von der KPD haben die Arbeiter in Dresden in drei großen Versammlungen ihrer Empörung über diesen Landtag Ausdruck gegeben. Jetzt gilt es, den Druck zu verstärken; entweder muß eine Regierung erzwungen werden, die den Arbeitern verspricht, für ihre Interessen zu arbeiten, oder der Landtag muß aufgelöst werden. Die SPD-Führer sollen Gelegenheit erhalten, zu ihren Worten zu stehen. Die Masse der Arbeiter aber darf nicht müde werden in ihrem Kampf. Die KPD wird gemeinsam mit den Massen den Kampf fortsetzen.

Wie einfache Beamte bei der Schupo avancieren

In der Verbandszeitung des Verbandes der preußischen Polizeibeamten ist eine Beschwerdeschrift an den Minister des Innern vom 6. November abgedruckt, in der über das Benehmen eines Hauptmanns bei einem Lehrkursus, der in Berlin stattfand, geschrieben wird:

„Während dieses Lehrganges ist es den Beamten von dem Herrn Polizeihauptmann K. wiederholt erklärt worden, daß sie sich keine Hoffnung machen brauchen, die Prüfung würden sie doch nicht bestehen. Am Tage der mündlichen Prüfungen wurde den Beamten erklärt, sie brauchen sich keine Hoffnung zu machen, sie müßten froh sein, daß nicht, wie zuerst beabsichtigt, 85 Prozent, sondern nur 80 Prozent bei der Prüfung durchfallen."

Aus dieser Aeußerung, wie aus dem übrigen abgedruckten Material geht ganz klar hervor, daß den Herren Offizieren gar nichts daran liegt, intelligente Beamte nach vorn kommen zu lassen. Avancieren dürfen nach dem Willen dieser Herren nur ihresgleichen. Nicht unbemerkt soll dabei bleiben, daß derselbe obenerwähnte Verband es noch auf seinem letzten Verbandstag für angebracht hielt, dem Herrn Severing eine Dankadresse zu widmen, weil er die preußische Polizei demokratisiert habe.

Neue Reichswehrskandale

Schmutz, Schund und Koalition

Berlin. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages erklärte der sozialdemokratische Berichterstatter Stücklen, daß ihm fortlaufend vom Reichswehrministerium falsche Angaben gemacht worden seien, so daß er schließlich als Lügner dastehe. So habe man die Preise für Gewehre falsch angegeben. Stücklen hat dem Reichstag auf Grund der Angaben des Reichswehrministeriums falsche Mitteilungen machen müssen. Die Angaben Stücklens wurden durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin ergänzt.

Wenn die Tatsache der Falschunterrichtung des Reichstagsberichterstatters auch wahr ist, so muß doch bemerkt werden, daß das jetzige Aufdecken dieser Schwindeleien nur ein Glied in der Kampagne der Sozialdemokratie gegen den Reichswehrminister Geßler ist, den sie beseitigen will, um in die Koalition eintreten zu können, mit dem Erfolg, daß sie als erste „positive" Arbeit den Reichswehrminister beseitigt hat.

Das „Berliner Tageblatt" meldet dazu in seiner gestrigen Abendausgabe, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen bei der Frage der Regierungsumbildung auch die Frage der Besetzung des Reichswehrministeriums verbinden wollen. Sie werden in den nächsten Tagen mit neuestem und auch weiter zurückliegendem Material über gewisse Vorkommnisse bei der Reichswehr an die Reichsregierung herantreten und bestimmte Forderungen stellen.

Das Koalitionsproblem soll übrigens bei den Besprechungen der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten über den Arbeitsschutzgesetzentwurf der Reichsregierung behandelt werden. Die Regierungsparteien hatten einen Unterausschuß gebildet, der sich insbesondere mit der Frage der „freiwilligen" Mehrarbeit befassen sollte. Ueber das Ergebnis der gestern stattgefundenen Verhandlungen wird offiziell noch nichts mitgeteilt, jedoch meldet die demokratische Abendpresse, daß dieser Unterausschuß „glaubt, auf dem Wege der etatistischen Gestaltung des achtstündigen Arbeitstages eine Regelung gefunden zu haben". Eine vollständige Verständigung ist zwischen Demokraten, Zentrum und Bayrischer Volkspartei erfolgt; die Deutsche Volkspartei hat noch einige Bedenken. Mittwoch abend, oder spätestens heute vormittag sollten dann Beratungen mit den Vertretern der SPD stattfinden. Die Regierungsparteien hoffen, daß im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien eine Grundlage gefunden wird, auf die dann auch die Sozialdemokraten treten können.

Im übrigen wird gemeldet, daß die Sozialdemokraten verschnupft sind, weil ihre Voraussetzungen für die stille Koalition nicht so erfüllt sind, wie sie glaubten. Insbesondere sind die Sozialdemokraten „befremdet" darüber, daß sie vor der Beratung des Schund- und Schmutzgesetzes nicht genügend unterrichtet worden seien.

Der „Vorwärts" schweigt sich über alle diese Dinge aus und meldet nur, daß Hermann Müller am Dienstag abend von Marx über das Ergebnis der Besprechung der Regierungsparteien verständigt worden sei.

In der Frage des Kompromisses zum Küllzschen Schund- und Schmutzgesetz ist bekanntlich dahingehend eine Einigung gefunden worden, daß das Zentrum Reichsprüfstellen zugestehen will, die Volkspartei dafür Zugeständnisse über die Zusammensetzung dieser drei Reichsprüfstellen machen will.

In der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung" wird noch einmal zu diesem neuesten Kuhhandel Stellung genommen und sehr richtig festgestellt, daß, wenn diese Kompromißregelung zustande kommt, der Name Länderprüfstellen zwar gefallen ist, in Wirklichkeit jedoch diese Länderprüfstellen mit dem neuen Namen Reichsprüfstellen nach wie vor bestehen bleiben. Die Reichsprüfstelle in München hat nach wie vor das Recht, Bücher auf den Index zu setzen, die für das ganze Reich damit **verboten** sind. Insbesondere ist, wie die „Vossische Zeitung" mitteilt, wieder der Plan aufgetaucht, die religiösen Gesellschaften besonders zu berücksichtigen. Was das für die Reichsprüfstelle in München bedeutet, dürfte jedem klar sein. Die „Vossische Zeitung" bemerkt zum Schluß:

„Aber alle Verbesserungen ändern nichts an den Grundfehlern. Es bleibt dabei: Wenn das juristisch behutsame, Deutschland zerreißende und seine Wirtschaft gefährdende Ungeheuer in die Wolfsschlucht."

Die „Tägliche Rundschau" weiß zu melden, daß ein ergänzender Vorschlag zum Schund- und Schmutzgesetz in einer Eingabe eines „Deutschen Erziehungsbeirats für verwahrloste Jugend" an den Reichstag gemacht wurde. Dieser Erziehungsbeirat wünscht, daß in allgemein zugänglichen Wärme- und Trinkhallen, in Volksküchen und an ähnlichen Orten keine Hefte, Zeitschriften oder Bücher zur allgemeinen Benutzung auszulegen sind, die von einem besonderen Ausschuß geprüft werden. Mit dem Verbot von „unzüchtigen" Schriften soll also gleichzeitig der gesteigerte Vertrieb von Kraftäschchen verbunden werden.

Die Bibelgesellschaften und die Heilsarmee können sich freuen!

•

Die Reichswehr — eine Domäne des Stahlhelms

„Erklärungen" und kein Ende.

General Watter, von dem Geßler im Reichstag unter Preisgabe seiner antifranzösischen Kriegspläne öffentlich abgerückt ist (obwohl er selbstverständlich an diesen Plänen ebenfalls beteiligt war), veröffentlicht eine Erklärung, in der er die Entfernung Geßlers als eine „unter schwerem Druck erfolgte Entgleisung" bezeichnet. Im übrigen erklärt Watter, er werde trotz der Ausführung Geßlers, die „die Wahrheit auf den Kopf stellt", sich nicht verleiten lassen, in „Verletzung seiner vaterländischen Pflichten die Zusammenhänge des Abwehrkampfes jetzt schon klarzulegen".

Die Arbeiterschaft wird jedenfalls bei einer solchen Klarlegung noch interessante Einzelheiten über die Rolle des Reichswehrministeriums bei diesen Plänen erfahren.

Auch der Stahlhelm veröffentlicht eine Erklärung, durch die er sich hinter den General Watter stellt, und im übrigen erklärt, er wolle praktisch mit der Reichswehr nichts zu tun haben. Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht diese Erklärung auf derselben Seite, die einen Bericht von einer Kundgebung des Landesverbandes Groß-Berlin des Stahlhelms, in der u. a. Walter Korodi sich gegen eine Aufnahme von Reichsbannermitgliedern in die Reichswehr aussprach und wörtlich erklärte, „der Stahlhelm in nicht gewillt, diese Leute in die Reichswehr zu lassen, die die einzige Säule auf dem Trümmerfeld darstellt".

Logik war nie eine starke Seite der „Deutschen Zeitung". Der Stahlhelm will also „mit der Reichswehr nichts zu tun haben", anderseits aber betrachtet er die Reichswehr als seine eigene Institution, wobei er zu entscheiden hat, wer hineinkommt und wer nicht. Herr Korodi ist jedenfalls etwas deutlicher als die Verfasser der offiziellen Erklärungen des Stahlhelms.

Ein Uebergriff der sächsischen Regierung festgenagelt!

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags mißbilligt das Vorgehen.

Es dürfte unseren Lesern noch bekannt sein, daß vor fast einem Jahr die sächsische Polizei Haussuchungen, um Waffen zu beschlagnahmen, veranstaltete.

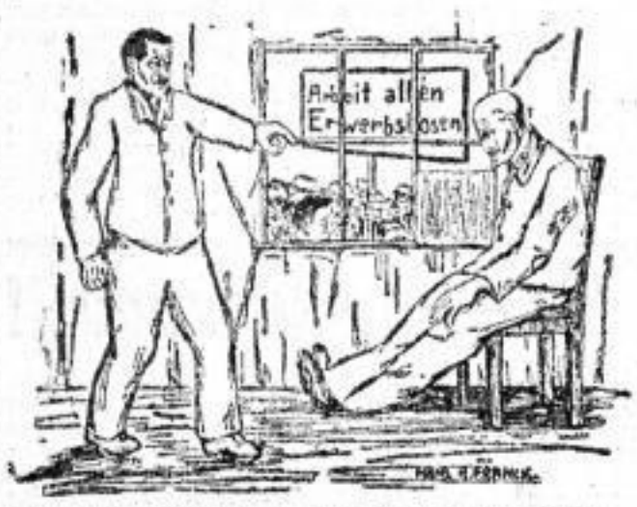
Es wurde damals im Landtag in den Behausungen der Abgeordneten gestöbert, ohne daß die Abgeordneten überhaupt vorgezogen wurden.

In dem in der Güterbahnhofstraße gelegenen Arbeitszimmer des Abgeordneten Renner wurde unter Führung des Polizeikommissars Weghrodt der Schreibtisch erbrochen.

Eine damals erhobene Beschwerde der KPD-Abgeordneten wurde zurückgewiesen, die Regierung begründete die „Rechtmäßigkeit" ihres Vorgehens. Nun hatte die Regierung, oder vielmehr der Polizeipräsident Kühn eine Haussuchung auch bei dem Genossen Rädel vornehmen lassen. Dieser hatte darauf eine Beschwerde an den Reichstag eingereicht. Der Geschäftsordnungsausschuß beschäftigte sich jetzt mit dieser Angelegenheit. Der Vertreter der Regierung Sachsens versuchte auch im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags seinen reaktionären Standpunkt zu vertreten. Der Geschäftsordnungsausschuß stellte sich aber auf den Standpunkt, **Artikel 37 der Verfassung würde gegenstandslos sein, wenn durch das öffentliche Recht der Länder die Vornahme von Haussuchungen bei Abgeordneten ohne vorherige Genehmigung durch die betreffenden Parlamente ermöglicht würde. Aus diesem Grunde sehe der Ausschuß in dem Verhalten der sächsischen Regierung eine Unzulässigkeit, die zu mißbilligen sei.**

Der ungesetzliche Verfassungsbruch der sächsischen Regierung und der reaktionäre Charakter des sächsischen Parlaments sind damit festgestellt. Die kommunistische Fraktion wird Gelegenheit nehmen, diese Angelegenheit nochmals zu behandeln.

Nicht Verzweiflung



sondern Anschluß an die kämpfenden Brüder

Emile Verhaeren

zum 10. Todestage

Von A. Habaru, Brüssel.

Das offizielle und sozialdemokratische Belgien, angefangen bei König Albert bis zum Bürger Vandervelde, feierte vorige Woche voller Pomp das Andenken Verhaerens, der am 27. November 1916 auf dem Bahnhof von Rouen in Stücke gerissen wurde. Solange wilder Nationalismus Brüssel und Paris beherrschte, war Verhaeren, der Europäer, der Apostel der Völkerversöhnung, vergessen. Aber die Demokratie der Bankiers hat eine neue Lage geschaffen: Locarno, London, Thoiry; außerdem bedeutet die europäische Solidarität der Finanziers die letzte Feste des europäischen Kapitalismus, und man darf daher Verhaeren einen offiziellen Ruhm zusprechen.

Aber auch die Revolutionäre ehren Verhaeren, der für sie stets der große lyrische Chronist der imperialistischen Epoche sein wird. Es ist unmöglich, in wenigen Zeilen sein gewaltiges, vielfaches Werk zu kennzeichnen. Das Bedeutsamste des Werkes, das Moment, von dem es beherrscht wird, ist die Einführung jener Elemente in die Lyrik, aus denen das gesellschaftliche Leben des Kapitalismus besteht.

Die Entwicklung der Industrie, die Brutalität einer Welt, in der die Kultur von der mechanischen Zivilisation ersetzt wird, verwirrt die Dichter des verflossenen Jahrhunderts, die ihre Zuflucht in den Tiefen des Innenlebens suchen. Verhaeren reagiert im entgegengesetzten Sinne: nach einer Krise schwarzen Wahnsinns, deren Spuren in seinem Werk unauslöschlich zurückgeblieben, geht er entschlossen an die Entdeckung des modernen Lebens. „Verhaeren," schrieb Lunatscharski, „weinte über die verödenden flamischen Dörfer, er verfluchte die Städte mit den Polypenarmen, die die vielen Leben betrogen und verschlangen, um sie im Räderwerk der Industrie zu zermalmen. Aber er folgte den Auswanderern der Dörfer. Betrat mit ihnen die Stadt. Welche jähe Freude — statt eines verheerenden Ungeheuers — sah er — trotz aller Leiden, die ihn umgaben — vor sich, ein gewaltiges Kollektivwesen, das noch nicht seine Entwicklung beendet hatte, ein embryonales, chaotisches, aber schon menschliches, göttliches Wesen.

Ach ja, die Stadt, die Industrie, die menschliche Wirtschaft, die steuerreiche und schöpferische Arbeit — ist all dies nicht eine neue Natur, ein neues gewaltiges Milieu, von unseren Händen erbaut? Ist es nicht ein Universum wo die Materie kollektivistisch von uns vergeistigt wird? Verhaeren war der ästhetische Kolumbus dieser neuen Welt. Er hat sie als erster entdeckt, auf wundervolle Art die ungeheure Schönheit und Intelligenz des Riesenleibes der modernen Industrie beschrieben."

Verhaeren besingt die Bahnhöfe, die Häfen, die Betriebe, die Vorstädte, die Städte; er verherrlicht die Arbeiter, die Industriekapitäne, die Rebellen der Barrikaden und die Kolonialeroberer. In einem Gedicht malt er das Porträt eines Bankiers:

„. . . bändigend die Könige, die Völker und jene,
deren arme Macht in seinen Geldtruhen liegt,
aus seinem Lehnstuhl, verbraucht, mürrisch und lahm
bestimmt er das Schicksal der Reiche."

Aber Verhaeren bewundert den Herrn der Welt, den Herrn der Völker, „für den die Senate Bürgschaft leisten" und der den Krieg entfesseln oder den Frieden sichern kann, wie er alle Kräfte der kapitalistischen Welt bewundert. Er bewundert auch die Räuber der Kolonialkriege:

„Hier schwanken sie auf ihren Schiffen, die Männer,
deren Seele Paris, London, Berlin und Rom schuf,
— Priester, Soldaten, Matrosen, Bankiers, Kolonisten,
Gelehrte —,
Könige der Kühnheit und Herren der Idee,
Sie werfen ihre geballten Kräfte
an die fernsten Ziele lebendiger Horizonte.

Regt sich bisweilen in ihren Herzen die Billigkeit,
morden sie, um zu beherrschen und sich durchzusetzen,
so verleugnen sie doch das Blut an ihren roten Händen;
bringen ein neues, milderes und nicht veraltetes Recht,
das sanfter wird, heller und menschlicher.
Wo Gewalttätigkeit überschäumte, organisieren sie;
suchen sie sich hier, so bringen sie dort den Frieden;
sie stellen dar das Beste dieser Erde,
unklar und zitternd nach, sinnen die Harmonien
künftiger Zeiten in ihrem Hirn.
Auf ihrer Stirn liegt neuer Stolz,
aus ihrer Menge blüht das Genie auf."

Alle großen Werke des Dichters tragen derart den Stempel des Imperialismus. Man wird einwenden daß Verhaeren das Volk liebte, die Bauern, die Arbeiter und bisweilen den Aufruhr besang:

„Die tiefe verhängnisvolle Macht, die sich regt."

Er war auch ein Freund der Sozialisten und sprach häufig in den Gewerkschaftshäusern. Zweifellos. Aber Verhaeren unterscheidet nicht zwischen der Arbeiterklasse und deren Ausbeutern: der Arbeiter, der Betrieb, der Unternehmer, der Bankier sind für ihn das Triebwerk der ungeheueren Industriemaschine der modernen Welt, der vergöttlichten kapitalistischen Welt. Verhaeren unterscheidet auch nicht zwischen den Nationen und wird daher zum Europäer: weder Rassen und Völkergrenzen. Seine Dichtervision idealisiert die Welt, die er als große menschliche Solidarität sieht. Sein Internationalismus hat nichts Proletarisches, es ist der Internationalismus Caillaux', der europäischen Bankiers, „Pan-Europas". Zwar entspringt er anderen Quellen, doch ist die Mündung die gleiche.

Von diesem Gesichtspunkte aus wollen wir das Werk dieses Dichters der modernen Welt betrachten, dessen Einfluß in allen Ländern ein starker war. Indem wir ihn nicht für das Proletariat beanspruchen, verkleinern wir Verhaeren keineswegs; wir versuchen nur, ihn besser zu verstehen und mehr zu lieben. Genügt es denn nicht für seine Unsterblichkeit, daß er mit Wucht in einigen seiner Werke eine der düstersten und tragischsten Epochen der Geschichte besungen hat?

Eine schwarz-weiß-rote Pressestimme

zu dem russischen Großfilm „Die Bärenhochzeit".

Die deutschnationale Telunion schreibt: „Das neueste Produkt der russischen Filmindustrie „Die Bärenhochzeit" erlebte im Dresdner Alhambra-Lichtspieltheater zur Erstaufführung. Wenn es die Aufgabe des Films wäre, dramatische Stoffe unbekümmert um die Wirkungen möglichst realistisch darzustellen, **dann müßte man diesem Russenfilm den ersten Preis zuerkennen.** Er entnimmt seinen Stoff der litauischen Geschichte vor hundert Jahren nach einem Drama von Lunatscharski. Ein erblich belasteter gräßlicher Psychopath und seine wahnsinnig gewordene Mutter spielen die Hauptrollen. Ihr Stand erlaubt es ihnen, ihren tierischen Trieben freien Lauf zu lassen, bis es selbst dem sklavischen Bauerngeschlechte zu bunt wird und der Wüstling in Blut und Flammen untergeht. Ein getreues Spiegelbild des zwischen Extremen schwankenden russischen Volkes. Aesthetisch wirkt das Ganze nicht. **Aber Bewunderung erwecken die Einzelheiten der Darstellung, sowohl hinsichtlich der grandiosen Szenerie, als auch besonders hinsichtlich der schauspielerischen Leistungen.** Die deutsche Seele gewinnt nichts mit diesem Filmspiele."

SLUB
Wir führen Wissen.